



Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. André Berghegger
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0
dstgb@dstgb.de
facebook.com/dstgb
linkedin.com/dstgb
instagram.com/gemeindebund

Der DStGB: Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Bundeswehr und Zeitenwende: Herausforderungen für die Standortkommunen

Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine erleben wir eine Zeitenwende in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Fokus der Bundeswehr richtet sich stärker auf die Landes- und Bündnisverteidigung, dem sich alle anderen Aufgaben unterordnen müssen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr hat vielfältige Auswirkungen: auf die Soldatinnen und Soldaten, die Gesellschaft und nicht zuletzt auf die Standortkommunen, ihre Bevölkerung und Infrastruktur. Diesen Wandel zu gestalten ist Auftrag und gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Bundeswehr. Dabei gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte: von der abgestimmten Kommunikation bei Truppenverlegungen, über die bessere Anbindung der Standorte bis hin zu veränderten Anforderungen an die Kinderbetreuung bei vermehrten Auslandseinsätzen. Ebenso müssen die zusätzlichen Anforderungen des Operationsplans Deutschland (OPLAN) an die kommunale Infrastruktur mitgedacht werden. Diese und weitere Fragestellungen werden im Arbeitskreis Garnisonen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) behandelt. Der Arbeitskreis besteht aus Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Standortkommunen und dokumentiert zugleich das enge Band zwischen dem DStGB und der Bundeswehr. Der Arbeitskreis sieht folgende Herausforderungen für die Standortkommunen in der Zeitenwende und formuliert auf dieser Grundlage Positionen gegenüber der Politik in Bund und Ländern.

1. Zuverlässiger Bündnispartner bei der Verteidigung

Die Sicherheitslage hat sich mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine dramatisch verändert. Für die Bundeswehr stehen elementare Rüstungsprojekte und Übungen zur Landes- und Bündnisverteidigung im Fokus. Kommunen und Bundeswehr unterstützen sich gegenseitig dabei, die Bevölkerung auf diese militärisch wichtigen Manöver vorzubereiten. Ziel der gemeinsamen Kommunikation ist es, Ängste vor Militärübungen abzubauen und Verständnis sowie Solidarität in der Bevölkerung zu entwickeln. Durch gute Zusammenarbeit bei der Kommunikation können zudem Falschmeldungen schneller identifiziert werden.

2. Verbesserung der militärischen Infrastruktur vor Ort

Die veränderten Schwerpunkte der Bundeswehr erfordern eine schnellere Verbesserung der Arbeitssituation an den Standorten. Um die hohe Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufrechterhalten zu können, benötigt die Bundeswehr insbesondere eine bessere militärische Infrastruktur in allen Bundesländern. Die Kommunen fordern hier insbesondere mehr Unterstützung durch die Länder bei Bauvorhaben in den Kasernen. Wie im Wehrbericht festgestellt wird, führt der Zustand von Unterkünften, Sanitätreinrichtungen und Wirtschaftsgebäuden bei vielen Soldatinnen und Soldaten nicht nur zu Frustration, sondern zuweilen auch

zu einem Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit. Die im Rahmen des „Aktionsplans Infrastruktur in der Zeitenwende“ zwischen Bund und Ländern identifizierten Maßnahmen sind ein guter Anfang. Bund und Länder müssen diese zeitnah umsetzen und flexibel weiterentwickeln, um Bundeswehrstandorte im gesamten Bundesgebiet auf ein vergleichbares bauliches Niveau zu heben. Eine Verbesserung des Rechtsrahmens wie durch den Entwurf des Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr ist zu begrüßen. Allerdings dürfen die darin vorgesehenen Erleichterungen nicht auf Projekte der Bundeswehr beschränkt bleiben, sondern müssen zwingend auch auf Projekte der Kommunen ausgeweitet werden. Die Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben darf nicht am Kasernentor enden, sondern muss auch die Infrastrukturen in den Kommunen wie Straßen, Brücken sowie die Ver- und Entsorgung umfassen.

Aufgrund der absehbaren Personalknappheit und im Interesse gegenseitiger Unterstützung zur Stärkung der Bundeswehr sollten die Länder die Amtshilfe der Landesbauverwaltungen stärken. Denn es gibt Bundesländer, die vorbildlich zeitnah Projekte an Bundeswehrstandorten umsetzen.

3. Anbindung der Standorte verbessern

Die Bundeswehr ist eine Pendlerarmee. Die kostenfreie Nutzung der Bahn durch Soldatinnen und Soldaten in Uniform ist daher ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung und Solidarität. Diese entlastet auch die Familien der Soldatinnen und Soldaten. Ebenso wird dadurch deutlich, wie viele Bürger in unserem Land bereit sind, für unsere Sicherheit Verantwortung zu übernehmen. Jedoch ist die Anbindung vieler Bahnhöfe in Garnisonsstädten an den Fernverkehr unzureichend oder es fehlt an einer guten Taktung im

Regionalverkehr, um einen Fernzug zeitnah erreichen zu können. Die Neuausrichtung der Bahn und ihrer Bahnhöfe muss daher auch eine Verbesserung der Anbindung von Garnisonstädten beinhalten – nicht zuletzt auch unter dem Aspekt einer kurzfristigen Mobilisierung im Rahmen des OPLAN. Dazu müssen Bund und Länder die erforderlichen Investitions- und Betriebsmittel aufstocken.

4. Bedarfsgerechter Ausbau und Unterhalt von kommunaler Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Die Zeitenwende erfordert eine Infrastrukturwende der Standortgemeinden. Dies betrifft im Einzelnen folgende Bereiche:

- Den Ausbau der Kinderbetreuung, um den Betreuungsaufwand der Kinder von Angehörigen der Bundeswehr infolge vermehrter Auslandseinsätze abbilden zu können.
- den Bau und die Unterhaltung von Straßen und Brücken sowie die leistungsgebundene Ver- und -entsorgung mit Energie, Wasser und Abwasser.
- Die zeitgemäße Sach- und Personalausstattung der Feuerwehren als einzige bundesweit flächendeckende Organisation zur Unterstützung der Bundeswehr.
- Investitionen zur Verbesserung der örtlichen und regionalen Freizeitgestaltung wie z.B. die Förderung von Sportplätzen und Schwimmbädern sowie kulturellen Angeboten.

5. Finanzierung

Die kommunale Ebene kann diese Lasten nicht allein stemmen. Die Kommunen befinden sich in einer dramatischen Finanzlage. Die Investitionsrückstände sind auf einem Rekordniveau. Das Sondervermögen

Infrastruktur für Länder und Kommunen schafft hier zusätzliche Spielräume, ist allerdings absehbar überzeichnet. Zusätzliche Investitionen für den militärisch bedingten Auf- und Ausbau von kommunalen Infrastrukturen an den Standorten der Streitkräfte sowie zur Umsetzung der Anforderungen des OPLAN Deutschlands müssen mit zusätzlichen Bundesmitteln außerhalb des Sondervermögens erfolgen. Hierfür bilden das Sondervermögen des Bundes sowie die zusätzlichen Verschuldungsmöglichkeiten nach dem Grundgesetz für militärische Ausgaben die Grundlage. Dabei muss ein Weg zur Verstetigung zur Finanzierung der militärisch mitgenutzten Infrastrukturen gefunden werden.

6. Bevölkerungsschutz stärken – Bundeswehr entlasten

Die Bundeswehr ist trotz aller Widrigkeiten in den vergangenen Jahren immer wieder an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen und über sich hinausgewachsen. Die Soldatinnen und Soldaten haben nicht nur ihre Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung wahrgenommen. Auch hat die Truppe den Kommunen in Deutschland bei Krisen zur Seite gestanden wie etwa bei Hochwassern, Waldbränden oder der Pandemie-Bekämpfung. Vor dem Hintergrund des Klimawandels werden Schadensereignisse wie Dürre, Flut, und Brände zunehmen. Um die Resilienz dagegen zu stärken, sollte es in größerem Umfang auch gemeinsame Übungen von zivilen und militärischen Kräften geben. Die neue Sicherheitslage in Europa und der Welt begrenzen die Möglichkeiten der Bundeswehr eine Reservefunktion im Bevölkerungsschutz wahrzunehmen. Mit Blick auf die knappen Ressourcen der Truppe, die für die Bündnis-/ Landesverteidigung existenziell sind, darf die Amtshilfe der Bundeswehr nur subsidiär beim Einsatz von Mitteln gegen Katastrophen erfolgen. Es ist daher unbedingt erforderlich, dass der

Bevölkerungsschutz in den Kommunen vor Ort weiter gestärkt wird. Die vom Bund bis ins Jahr 2029 angekündigten zehn Milliarden Euro für die Stärkung des Zivilschutzes sind zu begrüßen. Es müssen schnell die Grundlagen für den Mitteleinsatz in den Kommunen geschaffen werden. Kommunale Investitionen zur Stärkung des Zivilschutzes und zur Verbesserung der zivil-militärischen Zusammenarbeit brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit. Das Sirenenförderprogramm nach der Ahrtal-Katastrophe hat gezeigt, dass auch der Markt mehr Vorlauf für die bauliche Maßnahmen beim Bevölkerungsschutz benötigt.

7. Zusammenarbeit vor Ort sichtbar machen – Veteranen würdigen

Viele Gemeinden nutzen bereits die Möglichkeiten, ihre Solidarität und Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen. Sei es die Idee der Gelben Schleifen, bei der diese etwa an Rathäusern als Symbol der Verbundenheit sichtbar platziert werden, oder eine Partnerschaft zwischen einer Kommune und einem Truppenteil. Gemeinsame Veranstaltungen, aber auch Diskussionsformate sind bereits heute feste Termine, um einander kennenzulernen und zu verstehen.

Aber auch das Arbeiten an gemeinsamen Herausforderungen, wie etwa Kooperationen bei Kindertagesstätten, hat in der Vergangenheit die Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vor Ort gestärkt. Kommunen und Bundeswehr sind aufgefordert, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen, um den Zusammenhalt von Bundeswehr und Gesellschaft stärker zu fördern. Dazu gehört beispielsweise, dass der Tag der Bundeswehr künftig in mindestens einer Kommune je Bundesland durchgeführt wird. Eine weitere gute Gelegenheit ist der neu eingeführte Veteranentag. Der Veteranentag würdigt jährlich alle ehemaligen und aktiven Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und soll ihre Leistungen sichtbar machen.

Kommunen spielen eine zentrale Rolle, indem sie lokale Gedenk-, Begegnungs- und Dankesformate organisieren und so die Anerkennung vor Ort erlebbar machen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt diesen Tag daher ausdrücklich.

8. Politische Bildung beim Thema Bundeswehr muss selbstverständlich sein

Um die Akzeptanz der Bundeswehr und das Verständnis ihres wichtigen Auftrags zu verbessern, muss die Bundeswehr Gegenstand der allgemeinen politischen Bildung sein. Dies bedeutet auch, Vertretern der Bundeswehr für sachliche bildungspolitische Informationen einen entsprechenden Raum in öffentlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Hochschulen zu eröffnen. Freiheit und innere bzw. äußere Sicherheit sind nicht selbstverständlich. Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung muss jeden Tag gelebt und verteidigt werden. Hierzu sollte Staatsbürger in Uniform die Möglichkeit erhalten, mit jungen Menschen in staatlichen Bildungsreinrichtungen in den Austausch zu kommen. Deshalb sollte es das Ziel der politischen Bildung sein, die korrespondierenden Aufgaben der Bundeswehr in den Schulen neutral darstellen und diskutieren zu können.

